

Er müsste seinen Hof radikal umstellen

Sagt das Stimmvolk am 13. Juni Ja zur Pestizid- und Trinkwasserinitiative, hätte das für Hunderte Luzerner Landwirte einschneidende Folgen. Hanspeter Bucheli aus Ruswil wäre besonders stark betroffen.

Lukas Nussbaumer

Der 57-jährige Hanspeter Bucheli ist ein leidenschaftlicher Bauer. Auf der «Pfaffschwand» oberhalb von Ruswil wachsen auf 20 Hektaren leicht geneigtem Ackerland Gerste, Weizen, Mais und Ackerbohnen. Weil der CVP-Kantonsrat und Präsident der parteiinternen Landwirtschaftskommission seine Böden so wenig wie möglich bearbeitet, muss er gegen die Unkräuter Herbizide spritzen.

Stimmt das Schweizervolk am 13. Juni Ja zur Pestizidinitiative (siehe Kasten), müsste Bucheli seine bodenschonende Wirtschaftsweise radikal umstellen. Die Initiative will nämlich alle synthetischen Pestizide verbieten und so die Schweiz in ein Bioland verwandeln. Bucheli müsste also wieder Pflug, Egge und Hackgerät einsetzen. Das würde zu Erosionsverlusten führen und wäre seiner Meinung nach «ökologisch höchst fragwürdig».

Keine Direktzahlungen mehr bei Ja zur Trinkwasserinitiative

Auch von der Trinkwasserinitiative, über die ebenfalls am 13. Juni abgestimmt wird, wäre der Meisterlandwirt massiv in seiner Existenz bedroht: Ein Ja zu diesem Volksbegehren hätte für ihn die Streichung sämtlicher Direktzahlungen zur Folge. Erstens deshalb, weil Bucheli im Ackerbau Pestizide einsetzt, und zweitens darum, weil er Futter zukaufte. Die jährlich auf den eigenen Feldern geernteten rund 150 Tonnen Gerste, Weizen, Mais und Ackerbohnen reichen zwar für die Grundversorgung der 80 Mutterschweine, nicht aber für die ergänzende Fütterung sowie für jene der Ferkel. Für diese kaufen Bucheli und sein Sohn Adrian (32), der den Hof Anfang Jahr von seinem Vater übernommen hat, pro Jahr etwa 100 Tonnen Futter zu.

Gleichwohl sagt der schon immer an landwirtschaftlichen und politischen Fragen interessierte Bauer und Politiker, er und sein Sohn könnten sich bei einem Ja zu einer oder zu beiden Initiativen auf dem Betrieb «wohl schon irgendwie arrangieren». Wie genau, haben sie noch nicht kalkuliert. Die Buchelis konzentrieren sich vorerst voll auf den Kampf gegen die beiden Initiativen. Zur politisch engagierten Familie gehört auch Hanspeter Buchelis Frau Regula, die Präsidentin der Luzerner Bäuerinnen ist und die auf der «Pfaffschwand» den Anbau und die Direktvermarktung von Beeren besorgt.

«Die Befürworter haben den einfacheren Part als wir Gegner»

Hanspeter Bucheli ist sich bewusst, dass der inzwischen mit harten Bandagen geführte Abstimmungskampf ein schwieriger wird. «Die Befürworter haben argumentativ den einfacheren Part als wir», glaubt der Präsident der CVP-Ortspartei Ruswil. Wer die Kampagne der Initianten und ihrer Anhänger betrachtet, wird ihm recht geben: Wer kann schon ernsthaft gegen den Schutz von Wasser, Boden und Gesundheit kämpfen? Die Gegner der Initiativen hingegen müssen glaubhaft machen, die Schweizer Bauern müssten weiterhin Pestizide spritzen und Futtermittel importieren.

Erschwert wird die Kampagne der Gegner noch durch die Uneinigkeit der Landwirte. So steht Biosuisse, die Dachvereinigung der Schweizer Biobauern, hinter der Pestizidinitiative



Landwirt Hanspeter Bucheli, hier am Bach neben seinem Bauernhof, liegt viel an sauberem Wasser. Trotzdem kämpft er gegen die Trinkwasserinitiative.

Bild: Dominik Wunderli (Ruswil, 30. März 2021)

So argumentieren die Befürworter

Initiativen Das Lager der Befürworter der Pestizid- und Trinkwasserinitiative ist gross. Neben den Grünen und der SP stehen auch viele Umweltverbände, etwa WWF, Pro Natura und Bird Life Schweiz, hinter den Volksbegehren. Die GLP empfiehlt zur Trinkwasserinitiative ein Ja, bei der Pestizidinitiative hat sie Stimmfreigabe beschlossen. Bio Suisse, der Dachverband der Schweizer Biobauern, befürwortet die Pestizidinitiative. Die Parole zur Trinkwasserinitiative wird am 14. April gefasst, der Vorstand plädiert für ein Nein. Die Luzerner Biobauern haben noch nicht entschieden, wie sie zu den Initiativen stehen.

— Die **Pestizidinitiative** will alle synthetischen Pestizide verbieten. Die Befürworter argumentieren, mit einem Ja werde die ökologische Landwirtschaft gefördert, und gesunde Lebensmittel würden für die gesamte Bevölkerung erschwinglich. Ausserdem steige bei einem Ja die Artenvielfalt, und das Trink- und Grundwasser werde saube-

rer. Mit der zehnjährigen Übergangsfrist bleibe den Bauern genug Zeit, ihre Höfe umzustellen.

— Die **Trinkwasserinitiative** will allen Betrieben die Direktzahlungen streichen, die Pestizide einsetzen oder Futter zukaufen. Die Initianten betonen, die intensive Landwirtschaft setze riesige Mengen an Pestiziden, Antibiotika, Importfutter und Gülle ein. Das bedrohe die Qualität des Trinkwassers und der Nahrung, aber auch das Klima und die Luft gefährden also die Gesundheit und Ernährungssicherheit. Mit einem Ja zur Initiative könnten die Unterstützungsgelder an jene Bauern gezahlt werden, die pestizidfrei produzieren, welche die Biodiversität erhalten, die Antibiotika nicht prophylaktisch einsetzen und die nur so viele Tiere halten, wie sie mit Schweizer Futter ernähren können. Laut den Befürwortern fliessen 82 Prozent der Subventionen in die ihrer Ansicht nach «besonders umweltschädliche Tierproduktion». (nus)

«Der Biomarkt würde übersättigt, was für die Bauern Preiseinbussen zur Folge hätte.»

Hanspeter Bucheli

Landwirt in Ruswil und Präsident der CVP-Landwirtschaftskommission

und tut dies auch gut wahrnehmbar kund. «Das hilft uns Gegnern natürlich nicht», sagt Bucheli. Und betont gleichzeitig, die Differenzen zwischen den Bauern seien durch die unterschiedlichen Wirtschaftsweisen, auch aufgrund der topografischen und klimatischen Möglichkeiten, nicht verwunderlich.

Wissenschaft: Nein zu den Initiativen besser für die Umwelt

Doch Bucheli muss der in den Städten und der Agglomeration lebenden Mehrheit des Stimmvolks nicht nur die divergierenden Meinungen innerhalb der eigenen Branche erklären, sondern auch die Notwendigkeit des Einsatzes von Pestiziden und von nicht vom eigenen Hof stammendem Futter. Und das tut der 2015 zu seiner Überraschung auf Anhieb ins Kantonsparlament gewählte Vater von drei erwachsenen Kindern denn auch.

So würden laut dem Bundesamt für Umwelt pro Jahr mehr als 140 000 Tonnen Seifen und Waschmittel im Abwasser landen. Bei einer Reinigungsquote, die gemäss Bundesamt für Umwelt zwischen 96 und 98 Prozent liegt, sei der Eintrag «beträchtlich», so Bucheli. Der landesweite Verbrauch von Herbiziden, Fungiziden und Insektiziden hingegen liege bei nur noch etwa 2100 Tonnen, Tendenz aufgrund von strengeren Bundesvorgaben weiter sinkend.

Ausserdem seien Wissenschaftler der Forschungsanstalt Agroscope zum Schluss gekommen, ein Ja zu den Initiativen wäre aufgrund der dadurch nötigen Importe von Nahrungsmitteln für die Umwelt letztlich schädlicher, zitiert Bucheli eine andere Studie. Hinzu kämen bei einem Ja zu den zwei Volksbegehren die Senkung des Selbstversorgungsgrads, eine Verteuerung der einheimischen Lebensmittel und der Verlust der Wahlfreiheit beim Einkaufen, weil nur noch Bioprodukte im Verkaufsregal stünden, zählt der Ruswiler die Argumente des gegnerischen Komitees auf.

Kantonales Komitee mit bürgerlichen Bundespolitikern

Hanspeter Bucheli kämpft auch deshalb gegen die Agrarinitiativen, weil Luzern mit seiner im Vergleich zu anderen Kantonen intensiven Landwirtschaft besonders stark von einer Annahme betroffen wäre. Hunderte der noch rund 4500 Luzerner Bauern könnten künftig weniger Milch, Fleisch, Ackerfrüchte und Obst produzieren, und viele würden deshalb wohl auf Bio umstellen und hoffen, die kleineren Mengen mit höheren Preisen kompensieren zu können, mutmasst er. Doch dieser Weg könnte sich seiner Meinung nach als der falsche erweisen: «Der Biomarkt würde übersättigt, was für die Bauern Preiseinbussen zur Folge hätte. Ich hoffe, das Stimmvolk verliert diese Gesamtbetrachtung nicht aus den Augen.»

Hinter Hanspeter Bucheli und der Mehrheit der Bauern stehen auf nationaler Ebene die bürgerlichen Parteien sowie mit Economiesuisse und dem Gewerbeverband auch die wichtigen Wirtschaftsverbände. Dem kantonalen Nein-Komitee gehören unter anderem die Nationalräte Leo Müller, Priska Wismer (beide CVP), Yvette Estermann (SVP) sowie die Ständeräte Damian Müller (FDP) und Andrea Gmür (CVP) an. Auch GLP-Kantonsrat Urs Brücker engagiert sich gegen die Initiativen. Die Luzerner Parteien haben ihre Parolen noch nicht gefasst.

«Eine Radikalkur für die Landwirtschaft»

Urs Niggli Der ehemalige Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau beurteilt die Agrarinitiativen kritisch. Ein Wandel der Landwirtschaft sei aber dringend notwendig – und mit Hilfe der Digitalisierung möglich.

Interview:
Brigitte Jeckelmann

Urs Niggli, Sie haben als Wissenschaftler und ehemaliger Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau in der Schweiz 30 Jahre Erfahrung im Biolandbau. In knapp zwei Monaten entscheidet das Stimmvolk über die beiden Agrarinitiativen für sauberes Trinkwasser und gegen synthetische Pestizide. Die Meinungen sind gespalten. Wie lautet Ihre Einschätzung?

Urs Niggli: Unterschiedliche Auffassungen bestehen vor allem bezüglich des Weges, nicht des Ziels. Das Bundesamt für Landwirtschaft wollte mit mutigen, aber pragmatischen Schritten vorangehen und hat die Agrarpolitik 22 plus verfasst. Es war der Versuch des Bundes, schrittweise sowohl Nährstoff-Überschüsse wie auch den Einsatz von Pestiziden zu verringern. Die Landwirtinnen und Landwirte hätten die Chance bekommen, sich anpassen zu können. So wären die Ziele der Initiativen auch erreicht worden. Die Versenkung der neuen Agrarpolitik jüngst im Parlament, aber auch durch Markus Ritter, dem Präsidenten des Schweizer Bauernverbands, war meines Erachtens verheerend. Auch angesichts dessen, dass die gesetzten Umwelt- und Biodiversitätsziele weltweit wie auch in der Schweiz bei Weitem nicht erreicht wurden. Um doch noch etwas in Bewegung zu bringen, bleiben wohl nur noch die Initiativen, die ich als Lösung mit der Brechstange sehe.

Mehr Bio wäre gut für die Natur und die Menschen. Nun will ausgerechnet der Vorstand des Dachverbands der Biobauern, Bio-Suisse, die Trinkwasserinitiative ablehnen. Der Grund: Mit mehr Biobetrieben würden die Preise für Bioprodukte sinken. Manche Biobauern bezeichnen dies als Verrat am Biogedanken. Wie sehen Sie das?

Anbau, Verarbeitung und Transport von Bio würden bei einer Annahme der Initiativen einfacher und damit günstiger. Aber es würden auch viel mehr Produkte importiert. Sowohl konventionelle als auch biologische. Beides, konventionell und Bio, ist im Ausland viel billiger. Österreich zum Beispiel hat mit 27 Prozent Biolandbau eine Überproduktion und drängt auf den Schweizer Markt. In Zukunft will die ganze Europäische Union den Biolandbau massiv ausdehnen, bis 2030 auf 25 Prozent. Damit entsteht ein Riesendruck auf die Schweiz. In den meisten europäischen Ländern können Bioprodukte günstiger als hierzulande die konventionellen hergestellt werden. Insgesamt würde die Schweiz Mühe haben, die vorteilhafte Situation ihrer Bauern verteidigen zu können.

Sie haben kürzlich ein Buch veröffentlicht zum Thema, wie die Ernährung von künftig zehn Milliarden Menschen gesichert werden könnte. Darin sprechen Sie staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft ihre Berechtigung ab, sofern diese nicht der Unterstützung von Dienstleistungen dienen, die am Markt keinen Wert haben. Zum Beispiel die Erhal-



Urs Niggli: Nicht nur die Landwirtschaft muss sich ändern, sondern auch das Konsumverhalten der Menschen. ZVG

tung der Bodenfruchtbarkeit, und der Biodiversität, die Einhaltung der Klimaziele oder die ethische Verantwortung für eine artgerechte Tierhaltung. Sollten Schweizer Landwirte Ihrer Meinung nach ganz ohne Steuergelder auskommen?

Nein – ich beschreibe ihm Buch vielmehr, dass die zahlreichen Förderinstrumente der Agrarpolitik so umgelenkt werden müssen, damit sie der Gesellschaft dienen. Dass sich die Landwirtschaftspolitik sogar negativ auf Umwelt, Klima, Biodiversität, Tierschutz und die Gesundheit auswirkt, ist absurd. Das hat jüngst eine gemeinsame Studie der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft und dem Schweizerischen Forum für Biodiversität gezeigt. Die Forscher haben darin rund 160 Subventionsmassnahmen von Bund, den Kantonen und den Gemeinden aufgelistet, die die Artenvielfalt in der Schweiz reduzieren. Dabei geht es um Milliarden. Steuergelder effizient einsetzen, sieht anders aus.

Wie denn?

Als Bauer wäre ich stolz, wenn ich meinen Weizen mit Gewinn am Markt zu einem realistischen Preis verkaufen könnte. Einen Beitrag vom Staat fände ich dann sinnvoll, wenn ich eine artenreiche Magerwiese mähte, damit ein wichtiges Zentrum der Biodiversität auf meinem Betrieb erhalten bliebe, obwohl das Heu daraus kein Leistungsfutter für die Kühe ist. Was ich damit sagen will: Würde man die Geldmittel in die Agrarökologie und den Biolandbau kanalisieren, würde dies sehr schnell zu einem Wandel in der Landwirtschaft führen. Denn dieser ist dringend notwendig.

Warum?

Die Schweiz hat ausgezeichnete ausgebildete Landwirtinnen und Landwirte und die Agrarpolitik ist bezüglich der ökologischen

«Vielleicht habe ich Unrecht und die Initiativen mobilisieren eine ungeheure Kraft.»

Zur Person

- 1953 im solothurnischen Wolfwil geboren, vier Kinder, neun Enkelkinder.
- Studium und Doktorat der Landwirtschaft an der ETH Zürich, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Agroscope in Zürich und Wädenswil, 30 Jahre Direktor am Forschungsinstitut für biologischen Landbau Standort Schweiz in Frick (AG).
- Tätig in **Fachkommissionen** in zahlreichen europäischen Ländern.
- Präsident des privaten Forschungsinstituts «Agroecology.science».
- Wissenschaftlicher Berater für den **UNO-Welternährungsgipfel 2021** in New York. *bjg*

Info: Buch: «Alle satt?» Ernährung sichern für 10 Milliarden Menschen, Residenz Verlag, 160 Seiten, erhältlich im Buchhandel, Preis: ca. 30 Franken.

Auflagen die modernste weltweit. Trotzdem hat die Schweiz europaweit den höchsten Einsatz von Dünger, hauptsächlich Stickstoff und Phosphor, und liegt auch bei den Pestiziden im obersten Drittel. Diese Belastungen der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft müssen stark sinken. Die Artenvielfalt der Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen leidet darunter. Dies ist in den letzten Jahren erst so richtig ins Bewusstsein der Menschen gedrungen. Denn die moderne Analytik findet heute Rückstände in unvorstellbar tiefen Konzentrationen im Wasser. Erstmals kann man damit auch Schäden an sehr empfindlichen Organismen in den Zusammenhang mit Chemikalien bringen. Als Beispiele nenne ich Köcherfliegen, Muschelkrebse und andere Kleinstlebewesen, die für eine gute Wasserqualität wichtig sind. Auch deshalb sind chemische Pflanzenschutzmittel äusserst zurückhaltend einzusetzen.

Die Trinkwasserinitiative sieht vor, dass ein Landwirt nur noch so viele Tiere hält, wie er für sie Nahrung auf seinem Land anbauen kann. Die Tierbestände würden sinken. Kritiker befürchten eine starke Zunahme von Billigfleischimporten. Beim Forschungsinstitut für biologischen Landbau haben wir dieses Szenario modelliert und in zwei wissenschaftlichen Arbeiten dargestellt. Wenn man kein Ackerland für den Anbau von Tierfutter mehr nutzt und den Food Waste halbiert, kann man theoretisch die Menschheit im Jahr 2050 ohne Ausdehnung des Agrarlandes ernähren. Vorausgesetzt, dass die globale Erwärmung deutlich unter zwei Grad Celsius bleibt. Wenn es darüber geht, funktioniert das nicht mehr. Dann wird der menschliche Überlebenskampf dazu führen, dass auf Teufel komm raus produziert wird. Insgesamt gibt es also zahlreiche Voraussetzungen, die für eine nachhaltige

Landwirtschaft stimmen müssen. Und die Menschen müssen auch mitmachen. Weniger Fleisch zu konsumieren und weniger Abfall zu verschwenden wird für ein reiches Land wie die Schweiz schwierig werden. Man wird zu einer massiven Einschränkung der persönlichen Entscheidungsfreiheit kommen müssen. Die Frage ist, ob solche staatlichen Eingriffe nach dem Ende der Pandemie noch populär sein werden.

Sie haben vorhin die Geldmittel erwähnt, die man umlenken sollte – das will auch die Trinkwasserinitiative.

Die Trinkwasserinitiative führt, wenn sie wortwörtlich umgesetzt wird, zu einer Radikalkur für die Landwirte, den Handel und für die Konsumentinnen und Konsumenten. Wir dürfen nicht vergessen, dass Menschen Wesen mit zwei Zungen sind. Der Bürger wünscht sich Entwicklungen, die er mit seinem Konsumverhalten nicht mit gleichem Engagement unterstützt. Die anspruchsvollste Aufgabe der Zukunft wird nicht nur der Wandel der Landwirtschaft sein, sondern auch die Änderungen im Konsum- und Ernährungsverhalten der Menschen. Aber vielleicht habe ich auch Unrecht und die Initiativen mobilisieren eine ungeheure gesellschaftliche Kraft und Motivation, sodass die Entwicklung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft in grossen Sprüngen vorangeht. Und das Schweizer Beispiel strahlt so stark auf die Welt aus, dass alle mitmachen wollen.

Das Seeland gilt als Gemüsekammer der Schweiz. Gleichzeitig wurden aber im Grundwasser die landesweit höchsten Rückstände von Pestiziden nachgewiesen und der fruchtbare Boden schwindet zusehends. Würde sich die Situation durch die Trinkwasserinitiative verbessern lassen?

«Die Schweiz hat europaweit den höchsten Einsatz von Dünger.»

Das Seeland entstand durch die Entwässerung eines Überschwemmungsgebietes. Der Abbau der riesigen Humusschicht ist die Folge der Durchlüftung und der Bodenbearbeitung, wie sie im Gemüsebau üblich ist. Die Trinkwasserinitiative ändert daran nichts. Man müsste den Gemüsebau reduzieren und mehrjährig Gras anbauen. Damit würde der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Gemüse stark abnehmen. Das Seeland zeigt sehr schön, dass es eben keine einfachen Lösungen gibt. Ohne chemische Herbizide wird die mechanische Bearbeitung des Bodens wichtig, um das Unkraut zu bekämpfen. Und diese fördert den Abbau von Humus. Die Regulierung von Krankheiten und Schädlingen auf den Pflanzen und im Boden ist möglich, setzt aber einen gewaltigen Schub in der Pflanzenzüchtung und im biologischen Pflanzenschutz voraus. Alle Herausforderungen gleichzeitig zu lösen, ist eine Generationenaufgabe.

Die Initiativen lassen den Bauern acht und zehn Jahre Zeit für die Umstellung. Reicht das nicht?

Eine völlige Abkehr vom chemischen Pflanzenschutz innerhalb von acht Jahren ist unmöglich. Der biologische Pflanzenschutz ist derzeit noch unterentwickelt. Es braucht noch zehn bis fünfzehn Jahre intensive Anstrengungen in der Forschung und viel Geld. Einzig beim Unkraut ist man heute so weit, dieses mechanisch bekämpfen zu können. Ich gebe aber zu bedenken: 50 Prozent der Pflanzenschutzmittel werden im Obstbau, Weinbau und Gemüsebau ausgebracht. Diese werden auch in Zukunft einen Schutz brauchen. Auch die Züchtung von resistenten Sorten geht nicht in dieser Geschwindigkeit voran.

Also aus der Traum vom Bioland Schweiz?

Nicht unbedingt. Die Digitalisierung wird den Einsatz von Pestiziden wesentlich reduzieren können: Wenn computergesteuerte Geräte und Roboter ganz gezielt und präzise einzelne Insekten, Unkräuter oder Krankheitsherde treffen, kann man 50 bis 90 Prozent der Pflanzenschutzmittel einsparen. Also viel mehr, als die Initiativen je erreichen können. Das braucht aber Investitionen, welche die Landwirtinnen und Landwirte nicht in wenigen Jahren tätigen können. Der Biolandbau ist nicht eine fixfertige Lösung, die man einfach aus dem Hut zaubern kann.

Bürgerliche Front gegen Agrarinitiativen

Der Thurgauer Bauernverband warnt vor dem völligen Verbot von Pestiziden; die regionalen Lebensmittel würden massiv teurer.

Thomas Wunderlin

Die Gegner nennen sie die «extremen Agrarinitiativen». An diese Sprachregelung hielten sich fast alle Redner an der Medienorientierung am Donnerstagnachmittag in einer Kesswiler Apfelplantage. Der Verband Thurgauer Landwirtschaft eröffnete die Abstimmungskampagne gegen die Initiativen, die sich beide gegen den Einsatz von Pestiziden richten. Deren Ziel – sauberes Trinkwasser – kann man nicht in Frage stellen. Deshalb versucht der Bauernverband zu zeigen, dass die Initiativen über das Ziel hinaus schiessen.

Der Gastgeber, Emil Henauer, hat seinen Hof auf Bio umgestellt. Er klagte, dass er bei Annahme der Initiativen Mittel nicht mehr verwenden dürfte, die von Bio Suisse zugelassen sind. Er schütze damit junge Hochstammbäume. Er brauche sie auch, um die Alternanz zu brechen, gemeint ist damit der jährlich wechselnde Ertrag der Bäume – einmal viel, einmal wenig Früchte. Resistente Apfelsorten seien kaum absetzbar: «Die Grossverteiler verstehen nur Gala.»

Vetterli: Das Aus für die Zuckerfabrik

Er sei darauf angewiesen, Nährstoffe von einem andern Hof zu beziehen, sagte Daniel Vetterli, Co-Präsident des Verbands Thurgauer Landwirtschaft und Biobauer. Das werde nicht mehr zulässig sein. Die meisten Biobauern lehnen laut Vetterli die Trinkwasserinitiative ab. Er aber sei auch gegen die Pestizidinitiative. Sie brächte die Produktion von Obst und Gemüse massiv unter Druck, und für die Zuckerfabrik Frauenfeld wäre es das Aus: «Es ist unmöglich, so viele Rüben ohne Herbizide anzubauen, damit eine Fabrik betrieben werden kann.»



Auch ein Biobauer ist auf Mittel angewiesen, die unter das Verbot synthetischer Pestizide fielen: Kurt Henauer.

Bild: Kevin Roth

Sämtliche bürgerlichen Thurgauer National- und Ständeräte lehnen die Agrarinitiativen ab, wie Kampagnenleiterin Anna Kreis mitteilte. Das Nein-Komitee habe bereits 400 Mitglieder aus den verschiedensten Berufsgruppen.

Die Initiativen würden den Anstrengungen nicht gerecht, welche die Landwirtschaft bereits unternommen habe, sagte CVP-Nationalrat Christian Lohr. «Die Zeit, als bedenkenlos drauf losgespritzt wurde, ist längst vorbei.» Laut Lohr ist Gewässerschutz nicht nur eine Aufgabe der Landwirte. Die Präsidentin des Thurgauer Landfrauenverbands, Regula Böhi, erwartet von der Landwirtschaft, dass sie den eingeschlagenen Weg weitergehe, wie sie sagte. Die nicht-

bäuerliche Bevölkerung sei der Landwirtschaft aber auch etwas schuldig: «Statt abwertender Kommentare wäre Interesse und Wertschätzung oft zielführender.»

Der Konsument werde weiterhin das perfekte Rüeblchen suchen, sagte FDP-Regierungsrat

Walter Schönholzer. Es gebe mehr Bioprodukte als der Markt aufnehmen. Als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements setze er sich für die 20 000 Arbeitsplätze in der Thurgauer Land- und Ernährungswirtschaft ein. Dürften nur noch Bioprodukte eingeführt werden,

sei ein enormer Kontrollaufwand nötig: «Ersparen Sie uns diesen administrativen Irrsinn.»

Gewerbepräsident fürchtet Einkaufstourismus

Der Präsident des Thurgauer Gewerbeverbands, Hansjörg Brunner, befürchtet, die Initiativen förderten den Einkaufstourismus, weil die regionalen Produkte verteuert würden.

Es stimme, dass der Nationalrat die Bundesratsvorlage «Agrarpolitik 22+» sistiert habe, räumte SVP-Nationalrat Manuel Strupler ein. Umstritten sei aber nicht die Reduktion des Pestizidverbrauchs gewesen, sondern die massive Senkung des Selbstversorgungsgrads, der Bürokratieausbau und der Einkommensverlust.

Trinkwasserinitiative und Pestizidinitiative

Am 13. Juni entscheidet die Schweiz über zwei Agrarvorlagen. Die **Trinkwasserinitiative** fordert, dass nur noch Landwirte Direktzahlungen erhalten, die keine Pestizide einsetzen, ihre Tiere nicht prophylaktisch mit Antibiotika füttern und nicht auf

Futtermittelimporte angewiesen sind. Laut der **Pestizidinitiative** wird der Einsatz synthetischer Pestizide verboten und ebenso die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mit ihrer Hilfe hergestellt worden sind. (wu)

Coronasituation

Diese Zahlen zur Covid-19-Situation im Thurgau hat der Kanton am Donnerstag bekanntgegeben. (Sie zeigen die Veränderungen gegenüber Mittwoch).

Anzahl bestätigter Fälle:

16 589 (+56)

Aktuell Infizierte:

368 (+33)

Hospitalisiert:

24 (-1)

Davon auf Intensivstation:

6 (-1)

Verstorbene:

423 (+3*)

Anzahl verimpfter Dosen:

52 857 (+860)

Davon erste/zweite Dosis:

33 122 (+570) / 19 735 (+290)

* Davon 2 Nachträge vom Dezember 2020

Grosser Rat wird ab sofort live übertragen

Livestream und Replayfunktion kompensieren das Zutrittsverbot für Besuchende.

Ab dem 21. April 2021 können Interessierte die Sitzungen des Thurgauer Grossen Rates via Livestream mitverfolgen. Bei den Übertragungen werden die Parlamentarierinnen und Parlamentarier am Rednerpult sowie die Regierungsrätinnen und Regierungsräte mit ihren Voten zu sehen und zu hören sein.

Nebst der zeitgleichen Übertragung der Ratsdebatte kann der gesamte Sitzungsverlauf auch zu einem späteren Zeitpunkt angeschaut werden. Während eines Jahres sind die Aufnahmen über die Replayfunktion auf der Website des Thurgauer Grossen Rates abrufbar. Eine Suchfunktion pro Traktandum ermöglicht zudem ein effizientes Auffinden des gewünschten Themas innerhalb des Streamlinks (Einstieg über <https://parlament.tg.ch>).

Trotz dieser Aufzeichnungen bleibt auch in Zukunft gemäss der Geschäftsordnung des Grossen Rates das schriftliche Sitzungsprotokoll massgebend.

Am Anfang stand eine Motion der Grünliberalen

Die nun zur Verfügung stehende Liveübertragung der Grossratsdebatten basiert auf einem politischen Vorstoss: Am 27. Januar 2021 wurde die Motion «Übertragung der Ratsdebatten – ein Beitrag für mehr Transparenz und Bürgernähe» von Ueli Fisch (GLP) als Erstunterzeichnendem erheblich erklärt. Das Büro des Grossen Rates hat zusammen mit den Parlamentsdiensten den daraus entstandenen Auftrag in kurzer Zeit umgesetzt. Nun steht dem Start der Liveübertragung ab der Grossratsitzung vom 21. April 2021

nichts mehr im Weg. Die Debatten des Grossen Rates können via Livestream auf dem Computer, Laptop, iPad oder Handy mit- oder auch nachverfolgt werden. Mit dem neuen Service soll dem geänderten Informationsbedürfnis der Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Thurgau Rechnung getragen werden.

Die Erheblicherklärung der Motion durch eine grosse Mehrheit des Parlaments mit 94 Ja- zu 7 Nein-Stimmen wird als Indiz gewertet werden, dass die verschiedensten Bevölkerungsgruppen angesprochen werden. Der Livestream eignet sich nach Auffassung der Staatskanzlei beispielsweise auch für Schulen beim Sensibilisieren der Schülerinnen und Schüler für bestimmte Themen oder Abläufe in der Politik oder der Staatskunde.

«Ältere Personen werden den unkomplizierten Zugang zu den Ratsdebatten ebenso schätzen wie auch weniger mobile Personengruppen», heisst es in einer Medienmitteilung.

Zum anderen werden Interessierte für bestimmte Themen oder ein einzelnes Anliegen künftig die Möglichkeit haben, sich genau für die Behandlung dieses einen Traktandums einzuklicken, ohne dafür an Ort sein zu müssen.

Wegen der Coronapandemie sind Zuschauerinnen und Zuschauer schon seit mehr als einem Jahr von der Teilnahme an den Sitzungen des Grossen Rates ausgeschlossen. Mit dem Livestream kann der Bestimmung in der Kantonsverfassung Rechnung wieder getragen werden, wonach die Grossratsitzungen öffentlich sind. (red)

Walter Schönholzer engagiert sich

Abstimmung Regierungsräte halten sich bei nationalen Abstimmungskämpfen üblicherweise vornehm zurück. Weshalb das nicht in jedem Fall zwingend ist, erklärt Walter Schönholzer unter Verweis auf ein Urteil des Bundesgerichts: «Es gilt der Grundsatz, dass eine Kantonsregierung eine Abstimmungsempfehlung zu einer eidgenössischen Abstimmungsvorlage abgeben darf, wenn der jeweilige Kanton namhaft betroffen ist.» Der Thurgauer Regierungsrat halte sich an diese Leitlinie und beurteile die kantonale Betroffenheit einzelfallweise. Bei den Agrarinitiativen sei sie klar gegeben. Fast 14 Prozent der Thurgauer Beschäftigten arbeiteten in der Land- und Ernährungswirtschaft. Im Thurgau zähle der Landwirtschaftssektor prozentual mehr als doppelt so viele Beschäftigte wie in der Gesamtschweiz. Für «diesen bedeutenden Wirtschaftssektor» gehe es um sehr viel.

Politiker, welche mit den Initiativen sympathisieren, reagieren zurückhaltend. «Grenzwertig», meint Ueli Fisch (GLP). Aber verboten sei es nicht, dass sich ein Regierungsrat zu nationalen Abstimmungen äussere. Die GLP Schweiz unterstützt die Trinkwasserinitiative; bei der Pestizidinitiative hat sie Stimmfreigabe beschlossen. SP und GP unterstützen beide Vorlagen. «Ungewöhnlich», sagt Marianne Sax (SP). «Ein Skandal ist es nicht, aber auch nicht wahn-sinnig sensibel.» Regierungsräte hätten sich in den letzten Jahren bei Abstimmungen zurückgehalten, sagt Toni Kappeler (GP), «kein anderer Regierungsrat hat sich instrumentalisiert lassen.» (wu)

Covid-Massentests bei der Post

Coronapandemie Im Paketzentrum Frauenfeld und im Briefzentrum Zürich-Mülligen startet die Schweizer Post Pilotversuche mit Massentests. Das teilte das Unternehmen am Donnerstag mit. In zwei Wochen können die Mitarbeitenden an diesen Standorten einmal wöchentlich eine Spuckprobe abgeben. «Dabei wollen wir Erfahrungen sammeln, von denen wir profitieren und dann bei weiteren Standorten umsetzen können», lässt sich Markus Bacher, Leiter Krisenstab der Schweizerischen Post, auf der Internetseite zitieren. Massentests für die gesamte Post hält Bacher dagegen für «logistisch kaum machbar». Die Post arbeitet mit gepoolten PCR-Tests. Dabei werden Speichelproben von mehreren Proben zu einer Mischprobe vereint. Fällt der Test dieses Spuckgemischs positiv auf, werden die Einzelproben ausgewertet. (mg)

«Städter wissen nicht, wie Bauern arbeiten»

Fenaco-CEO Martin Keller warnt vor steigenden Lebensmittel-Importen bei einem Ja zu den beiden Agrarinitiativen am 13. Juni.

Interview: Maja Briner und Doris Kleck

Er sei ein «verhinderter Bauer», sagt Martin Keller über sich: Gerne hätte er den Hof seines Onkels übernommen. Als daraus nichts wurde, studierte er an der ETH Agronomie. Seit elf Jahren leitet der Berner die Fenaco. Das Unternehmen erzielt einen Umsatz von mehr als sieben Milliarden Franken jährlich, beschäftigt über 10 000 Angestellte und vereint 80 Firmen unter seinem Dach. Von den Agrolatankstellen bis zu den Volg-Läden, vom Futterhändler Ufa bis hin zum Elmer Citro oder dem Convenience-Hersteller Frigemo, der McDonald's Schweiz exklusiv mit Pommes frites beliefert. Politisch ist Fenaco gut vernetzt: Die beiden SVP-Bundesräte Ueli Maurer und Guy Parmelin waren früher im Verwaltungsrat der Fenaco. Fürs Gespräch empfängt Martin Keller im Hauptsitz in Bern, einem unscheinbaren Gebäude aus den 1980er-Jahren.

Fenaco war lange ein verschwiegener Riese. Jetzt wagen Sie sich an die Öffentlichkeit. Weshalb?

Martin Keller: Wir sind nicht so bekannt, weil wir unter dem Namen Fenaco keine Produkte verkaufen. Landi, Agrola, Ramseier, UFA: Das sind Marken von uns, die man kennt. Wir wollen uns aber auch als Fenaco zeigen, denn wir sind eine attraktive Arbeitgeberin. Als Genossenschaft haben wir eine Rechtsform, die sehr modern ist.

Die Fenaco macht über sieben Milliarden Franken Umsatz. Trotzdem reagieren Sie allergisch auf den Begriff «Konzern». Weshalb? Agrargenossenschaft gefällt mir besser. Wir sind in den Händen der Schweizer Bäuerinnen und Bauern. Es ist mir wichtig, dass man das weiss.

Genossenschaft tönt sympathischer. Doch die Umweltlobby sieht in Fenaco einen der Hauptprofiteure der industriellen Landwirtschaft.

Im Juni kommen zwei Agrarinitiativen an die Urne. Die Umweltverbände haben uns als Zielscheibe ausgewählt, weil es offenbar wirksamer ist, auf ein grosses Unternehmen zu schiessen als auf die Landwirte. Aber letztlich geht es um die Existenz und die Zukunft der Bauernfamilien.

Fenaco hat ein Interesse daran, dass Bauern in grössere Ställe investieren, mehr Technik und Futtermittel kaufen.

Die gute Nachricht ist: Es gibt keine industrielle Landwirtschaft in der Schweiz. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind alles andere als industriell. Fenaco setzt sich ein für eine nachhaltige Landwirtschaft. Erfreulich ist, dass der Anteil von Bio Suisse und IP Suisse gestiegen ist. Auch dadurch ist der Einsatz von konventionellen Pflanzenschutzmitteln gesunken.

Dadurch verdient Fenaco weniger. Ich freue mich über diesen Umsatzrückgang! Aber man muss auch festhalten: Ohne Einsatz von Pestiziden ist eine Landwirtschaft, die Produkte in genügender Menge und Qualität herstellt, heute nicht möglich. Das ist mit ein Grund, weshalb wir uns gegen die Initiativen aussprechen. Sie bringen zwar berechnete Anliegen auf den Tisch, aber sie gehen die Thematik sehr radikal an – so, dass sie existenzbedrohend sind für die Bauernfamilien.

Betroffen wären nicht nur Bauern, sondern auch die Fenaco. Welcher



Wäre gern Bauer geworden, jetzt ist er Chef von 10 000 Mitarbeitenden: Martin Keller. Bild: Severin Bigler (Bern, 8. April 2021)

«Den Futterhandel zwischen Betrieben gab es schon zu Gotthelfs Zeiten. Das abzuschaffen, ist radikal.»

Martin Keller
CEO Fenaco

Darum geht es

Am 13. Juni kommen gleich zwei Volksbegehren zur Landwirtschaft an die Urne. Die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden. Auch der Import von Lebensmitteln, die mit Hilfe von Pestiziden hergestellt werden, soll untersagt werden. Die **Trinkwasser-Initiative** setzt bei den Subventionen an: Direktzahlungen sollen nur noch jene Landwirte erhalten, die ohne Pestizide produzieren und keine Antibiotika prophylaktisch einsetzen. Zudem sollen sie nur so viele Tiere halten, wie mit auf dem Betrieb produziertem Futter ernährt werden kann.

Bereich wäre am stärksten von den Initiativen tangiert?

Das Geschäftsfeld Lebensmittelindustrie. Heute beschäftigen wir in diesem Bereich über 2500 Mitarbeitende. Wir haben viel in Schweizer Infrastrukturen investiert, um etwa für Ramseier Apfelsaft zu produzieren oder in Cressier Pommes frites herzustellen. Über 90 Prozent der wichtigsten Lebensmittel-Rohstoffe, die wir verarbeiten, stammen aus der Schweiz. Bei einem Ja zu den Initiativen würde die landwirtschaftliche Produktion so stark sinken, dass mehr importiert werden müsste. Dadurch würde erstens die Umweltbelastung ins Ausland verlagert. Zweitens würde uns die Ware fehlen.

Die Trinkwasserinitiative will das Direktzahlungssystem ändern. Die Bauern bekämen einen Anreiz, ihre Produktionsweise anpassen.

Im Initiativtext steht unter anderem, dass nur noch Bäuerinnen und Bauern Direktzahlungen erhalten sollen, die einen Tierbestand haben, «der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann». Das ist radikal. Ein Grossteil der Schweizer Bäuerinnen und Bauern – konventionelle und Biobetriebe – würde keine Direktzahlungen mehr erhalten. Uns würden deshalb beispielsweise die Bioeier fehlen.

Der Passus betrifft auch die Futtermittelverkäufe der Fenaco.

Die Initiative trifft mehrere Bereiche der Fenaco.

Befürworter sagen, es bestehe Spielraum bei der Umsetzung.

Ich bin kein Politiker, darum kann ich darauf keine Antwort geben. Aber ich kann lesen, was im Initiativtext steht. Den Futterhandel gab es schon zu Gotthelfs Zeiten. Das abzuschaffen, ist radikal. Die Trinkwasserinitiative ist existenzbedrohend für einen Grossteil der Bauern. Sie würde dazu führen, dass schätzungsweise mehr als die Hälfte – wenn nicht zwei Drittel – der Bauernfamilien von den Direktzahlungen ausgeschlossen wären.

Die Trinkwasserinitiative zielt auch darauf ab, den Tierbestand zu reduzieren, weil unsere Böden, unser Grundwasser stark belastet sind. Sehen Sie keinen Handlungsbedarf?

Wir müssen ständig besser werden. Denn erstens ist Nachhaltigkeit ein Konsumentenbedürfnis. Zweitens haben alle ein Interesse daran, unsere Ressourcen so schonend wie möglich zu behandeln – am meisten die Bauernfamilien selber. In den letzten zehn Jahren hat sich vieles getan. Die Biodiversitätsflächen haben sich verdoppelt, der Einsatz von konventionellen Pflanzenschutzmitteln ging um 40 Prozent zurück, der Antibiotika-Einsatz um 50 Prozent. Das ist erfreulich!

Anderswo, etwa beim Nitrat, gibt es aber kaum Fortschritte.

Man darf nicht ausblenden: Zwischen den 1990er-Jahren und 2000er-Jahren wurde der Einsatz von Mineraldünger halbiert. Der grosse Fortschritt gelang dort viel früher.

Die Initiativen sind Ausdruck davon, dass sich ein Teil der Bevölkerung ums Trinkwasser und die Umwelt sorgt.

Das Trinkwasser in der Schweiz ist generell von sehr guter Qualität. Die Sorge um die Umwelteinflüsse der Landwirtschaft entsteht auch aus einer gewissen Entfremdung zwischen Stadt und Land. Die städtische Bevölkerung weiss oft nicht, wie die Bauern im Alltag arbeiten. Über diese Themen müssen wir mehr sprechen.

Die Städter wissen also nicht, wie ökologisch die Bauern sind?

Das will ich damit nicht sagen. Ich bin überzeugt, dass man ehrlich kommunizieren muss: Es ist eine Tatsache, dass etwa eine Obst- oder eine Weinbäuerin ihre Pflanzen vor Krankheiten schützen muss. Wir können verschiedene Kulturen nicht ohne Pflanzenschutzmittel produzieren – nicht in der nötigen Menge und Qualität. Das ist eine Wahrheit, die vielleicht unbequem ist.

Tatsache ist aber auch, dass die Landwirtschaft die Umweltziele des Bundes nicht erreicht.

Unsere Landwirtschaft muss sich im internationalen Vergleich bezüglich Nachhaltigkeit überhaupt nicht verstecken. Aber natürlich müssen wir weiter vorwärtsgen. Letztlich wollen wir die Konsumenten überzeugen mit unseren Produkten. Sie zahlen einen Mehrpreis für Schweizer Produkte und erwarten zu Recht auch eine höhere Qualität. Unser Ziel ist es, mit möglichst wenig Ressourcenverbrauch gleich viel Ertrag zu erzielen. Darum investiert Fenaco in die Forschung. Wir haben zum Beispiel eine Drohne entwickelt, die aus der Luft mit Schlupfwespen den wichtigsten Maisschädling bekämpft.

Solche technologischen Entwicklungen machen aber nur einen kleinen Teil der Fenaco aus.

Alles Neue fängt klein an. Bleiben wir beim Beispiel Schlupfwespen. Heute werden 15 Prozent der Schweizer Maisfläche so behandelt! Dank der Kombination von altem agronomischem Wissen und neuen Technologien können wir nachhaltige Lösungen finden.

Ein wichtiger Hebel, um Umweltbelastung zu senken, sind die Futtermittelimporte – ein Tabuthema.

Wir können gern darüber reden, dass wir 85 Prozent des Futters, das Nutztiere fressen, hier produzieren.

Aber nicht bei Schweinen und Poulets.

Bei der Poulet- und Schweinemast sind wir effektiv auch auf Importe angewiesen. Fenaco hat in den letzten Jahren aber vieles bewegt: Beim Soja beispielsweise waren wir Vorreiter für nachhaltige Importe aus Brasilien, heute beschaffen wir immer mehr Soja aus Europa – inzwischen sind es 60 Prozent. Wir passen uns den Wünschen der Konsumenten an.

Wie viel Geld stecken Sie in die Kampagne gegen die Initiativen?

Bisher 400 000 Franken. Wir gehen davon aus, dass weitere Mittel notwendig werden.

EU-Recht à discrétion

Wenn es den Linken passt, foutieren sie sich plötzlich um internationale Verträge. Das demonstriert ihre Zustimmung zur Pestizid-Initiative.

Marcel Odermatt

Sie verstehen sich als Anwälte der internationalen Zusammenarbeit, der Welt-offenheit und des freundschaftlichen Verhältnisses mit der Europäischen Union. Begriffe wie Alleingang oder Souveränität sind aus der Sicht von Grünen, Grünliberalen und Sozialdemokraten dagegen Schlagwörter von ewiggestrigen Isolationisten.

Bei der aktuellen Debatte über das institutionelle Abkommen wird dieses Lager nicht müde, zu betonen, dass die Schweiz für die Regeln und Gesetze des Staatenbundes Verständnis aufbringen müsse. Wenn die Eidgenossenschaft am Binnenmarkt teilnehmen wolle, habe sie die Auflagen zu akzeptieren und sich ins Konstrukt einzufügen, so die tausendfach von dieser Seite repetierte Parole.

Doch wenn es um ein Anliegen nach dem Gusto der rot-grünen Parteien geht, spielen diese Vorgaben plötzlich keine Rolle mehr. Das zeigt sich exemplarisch bei der Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide». Sie kommt am 13. Juni vors Volk. Grüne und SP empfehlen ein Ja, die Grünliberalen beschlossen Stimmfreigabe. Das Anliegen verlangt ein Verbot von künstlichen Schädlingsbekämpfungsmitteln. Auch der Import von Lebensmitteln, die mit Hilfe von Pestiziden hergestellt werden, soll untersagt werden. «Der Verzicht ist ökologisch sinnvoll, technisch und wirtschaftlich umsetzbar und erst noch gut für unsere Gesundheit», jubeln die Genossen stellvertretend für die Speerspitze der Befürworter.

Herrenreiter-Mentalität

Nur, ein Ja zum Begehren steht im Widerspruch zu den in diesen Kreisen für sakrosankt erklärten bilateralen Verträgen der Schweiz mit der EU. Die beiden Vertragspartner schlossen 1999 das Agrarabkommen ab. Es bezweckt den gegenseitigen Marktzugang im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und die Gleichwertigkeit der Produktionsstandards. Ein pauschales Importverbot, wie es das Volksbegehren fordert, würde diesen Zielen zuwiderlaufen, wie es bereits in der Botschaft des

Bundesrates zur Initiative heisst. Trotz dieser Beurteilung des Bundes empfahlen die Kader der Linksparteien ihrer Basis eine Zustimmung zum Begehren.

Die Experten beim Bund sind sich zudem sicher, dass ein Ja zur Initiative neue Abkommen in diesem Bereich erschweren würde. Das erstaunt nicht. Schliesslich schiebe die Schweiz ausländischen Herstellern vor, wie sie ihre Lebensmittel zu produzieren hätten, damit ihre Produkte hierzulande in die Läden

Nur, ein Ja zur Initiative steht im Widerspruch zu den für sakrosankt erklärten bilateralen Verträgen.

kämen und für die hiesigen Konsumenten als gut genug zum Verzehren erklärt würden. Retourkutschen von der anderen Seite wären wohl die logische Folge: «Wenn Partnerländer die Schweiz als handelshemmend und diskriminierend wahrnehmen, könnten sie zusätzliche Anforderungen an den Import aus der Schweiz stellen oder diese zu diskriminieren beginnen», heisst es beim Wirtschaftsdach-



verband Economiesuisse. Dies würde der Schweiz auf politischer Ebene grossen Schaden zufügen.

Dass ausgerechnet linke Parteien diese Herrenreiter-Mentalität und diese Risiken gutheissen und sogar bereit sind, internationale Verträge zu brechen, zeigt, wie glaubwürdig sie in der Aussenpolitik und wie kritisch ihre Positionen zu hinterfragen sind.

Die Schweiz würde sich im Falle einer Zustimmung nicht nur mit dem europäischen Staatenbündnis anlegen, sondern sogar mit der Welthandelsorganisation (WTO). Die Juristen im Bundesamt für Landwirtschaft schreiben, dass «das geforderte Importverbot grundsätzlich gegen das WTO-Recht verstösst, welches quantitative Einschränkungen verbietet». Die Forderung, Einfuhren aufgrund von Prozessen und Produktionsmethoden zu unterscheiden, «widerspricht daher der handelsvölkerrechtlichen Verpflichtung, wonach gleichartige im Wettbewerb stehende Produkte bei der Einfuhr nicht unterschiedlich behandelt werden dürfen».

Internationales Recht verletzt

Unter dem Strich ist die Folgerung klar: Mit ihrer Empfehlung, der Vorlage mit einem Ja zum Erfolg zu verhelfen, stiften SP und Grüne Wähler dazu an, dass die Schweiz internationale Verträge verletzt, die sie abgeschlossen hat. Das Problem zumindest erkannt haben die Grünliberalen. Kein Wunder, denn keine Gruppierung verlangt offener, dass sich die Eidgenossenschaft stärker in internationale Geflechte einfügt. Parteipräsident Jürg Grossen: «Der Grund für unsere Stimmenthaltung ist ja der, dass wir dem Pestizideinsatz – zumindest im heutigen Umfang – sehr skeptisch gegenüberstehen.» Hier gehe die Initiative in die richtige Richtung. Aber auf der anderen Seite befürwortete seine Partei den Freihandel. «Hier würde eine Annahme des Anliegens zu erheblichen Schwierigkeiten in der Umsetzung führen.» Der Souverän habe deshalb über eine «nicht optimale Vorlage zu befinden», räumt der Berner Nationalrat ein.